

A2-14. 12. 1989

CDU versagt Entlastung

Hoffmann: „Nackenheimer Zinszahlung rechtswidrig“

m. NACKENHEIM — Gegen eine Entlastung von Bürgermeister Günter Ollig, VG-Chef Gerhard Krämer sowie alle Beigeordneten für die Jahresrechnung 1988 votierten in der jüngsten Ratssitzung die sechs anwesenden CDU-Abgeordneten. Ein Ortsparlamentarier enthielt sich der Stimme. Die Vertreter von SPD und BLN schafften mit acht Jastimmen dennoch die Entlastung der Verwaltungsspitzen. Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Richard Speckenheuer (SPD), hatte ausgeführt, bei der ordnungsgemäß durchgeführten Buch- und Kassenprüfung habe es keinerlei Beanstandungen gegeben. Der Ausschuß empfehle die Entlastung.

CDU-Sprecher Alfred Hoffmann betonte, Nackenheim zahle jährlich 72 000 Mark Zinsen an die Verbandsgemeinde. Dies sei rechtswidrig. Da Ollig für den Etat zuständig sei, verweigere die CDU die Entlastung. Speckenheuer erwiderte, bei der Rechnungsprüfung habe die CDU durch Abwesenheit gegläntzt. Der vorgetragene Einwand sei auch nicht protokolliert worden. Günter Zerbe (FWG) enthielt sich der Stimme, weil er nicht der Prüfungskommission angehöre.

Wenn es keine besonderen Schwierigkeiten mehr gibt, könnte im geplanten großen Neubaugebiet „Sprunk II“ etwa im April 1992 mit dem Straßen- und Kanalbau begonnen werden. Bürgermeister Günter Ollig führte weiter aus, die Planung zu diesem Gebiet werde im Februar 1990 fertig sein. Mit der Offenlegung

werde im September kommenden Jahres gerechnet. Danach würden sich die Ausschüsse und der Rat wieder damit befassen, um etwa im April 1991 den Bebauungsplan als Satzung zu beschließen. Von der Gemeinde sei der „Sprunk II“ favorisiert worden, weil sich die Bauplätze im „Rudelheck“ plötzlich sehr schnell verkauft hätten.

CDU-Sprecher Alfred Hoffmann sagte, seine Fraktion habe diesen Zeitplan gewünscht, weil die Grundstückseigentümer ein Recht hätten zu erfahren, wann sie bauen könnten. Mittel seien im Etat schon lange vorgesehen.

Einstimmig beschloß der Rat, zur Verkehrsberuhigung im oberen Teil der St.-Gereon-Straße versuchsweise vier Pflanzkübel aufzustellen. Günter Zerbe (FWG) meinte, notgedrungen stimme er zu. Wenn die dortigen Anlieger vernünftiger fahren würden, wäre der finanzielle Aufwand nicht nötig. Frieder Stauder (BLN) hielt gestaltende bauliche Maßnahmen für erforderlich.

Die Anfrage der BLN über die Auswirkung der neuen 30-Kilometer-Zone im „Gehren“ wird auf einstimmigen Beschluß in einer der kommenden Sitzungen erneut beraten. Die Verwaltung will sich nach den Worten des Ortsobershauptes zunächst rechtskundig machen. Dank richtete Frieder Stauder (BLN) an die Nackenheimer Verwaltung, die viel Engagement bei der Beschaffung von Wohnraum, Ausrüstungsgegenständen und Kleidern für die DDR-Übersiedler aufgebracht habe.